

Frau Kramer informierte über die Personalsituation und die Arbeitsbelastung im Jobcenter anhand aktueller Zahlen und Daten (**Anlage 2**). Ein großes Problem stellten die befristeten Arbeitsverträge mit einem Anteil von rund 12,5 % des Mitarbeiterbestandes und dem mit der Befristung verbundenen wiederholten Einarbeitungs- und Schulungsaufwand dar. Problematisch sei zudem, dass das Jobcenter selbst keine Nachwuchskräfte ausbilden könne, wie es in ähnlich großen Unternehmen üblich sei. Hinzu trete, dass nicht genügend Mitarbeiter mit einer Verwaltungsausbildung eigestellt werden könnten, da der Arbeitsmarkt entsprechend qualifizierte Bewerber nicht herbeigebe. Mühevoll eingearbeitete Mitarbeiter verliere man zwangsläufig mit Beendigung der befristeten Arbeitsverträge. All das erschwere die kontinuierliche Arbeit im Jobcenter.

Frau Kramer betonte, die durch Einführung des SGB II von der Politik anvisierte Straffung des Verfahrens und des Aufwandes für die Bearbeitung sei tatsächlich nicht eingetreten, weil die Rechtsprechung der Sozialgerichte zum SGB II letztlich zu vermehrtem Prüfaufwand im Jobcenter geführt habe. Weitere Herausforderungen lägen in der Einführung einer neuen Software (ALLEGRO), in zusätzlicher Arbeitsbelastung aufgrund der strikten Einhaltung des 4-Augen-Prinzips und in aufwändigen Prüfkombinationen, wie beispielsweise bei temporären Bedarfsgemeinschaften.

Das Jobcenter Rhein-Sieg könne aber trotz der Widrigkeiten bei der Integration von Langzeitarbeitslosen, Jugendlichen und Menschen über 50 Jahre sowie bei der Förderung von Geringqualifizierten gute Erfolge vorweisen. Frau Kramer erläuterte kurz die dazugehörigen statistischen Daten, welche auch der **Anlage 2** der Niederschrift entnommen werden können.

Für das kommende Jahr seien die Einführung eines Beratungskonzeptes und die Umstellung der Aktenführung auf die elektronische Akte (eAkte) geplant.

Abg. Hurnik dankte Frau Kramer für ihre Ausführungen und erkundigte sich anschließend, ob es zutreffend sei, dass den rund 12.000 Arbeitssuchenden nur etwa 2.500 offene Arbeitsstellen gegenüber stünden, und inwieweit das Jobcenter die gesetzlich vorgegebenen Betreuungszahlen erfülle. Hierzu erklärte Frau Stolz, die gemeldeten offenen 2.500 Stellen stellten nicht die tatsächlich auf dem örtlichen Arbeitsmarkt verfügbaren Stellen dar. Weil der Rhein-Sieg-Kreis aufgrund der örtlichen Nähe zu Köln und Bonn zu den Auspendlerregionen gehöre, seien auch auswärtige freie Arbeitsplätze hinzuzurechnen.

Im letzten Jahr habe das Jobcenter die Betreuungsrelation bei den Jugendlichen deutlich verbessern können. Die Betreuungsrelation liege derzeit bei 1:87. Durch das Projekt 50+ habe die gesetzlich vorgegebene Quote für Personen über 25 Jahre vollständig erreicht werden können.

Auf die Nachfrage der Abg. Deussen-Dopstadt führte Frau Kramer aus, die personelle Situation im Jobcenter habe sich stetig verbessert, obwohl der Personalbedarf wegen der ständigen befristungsbedingten Personalfluktuation nie ganz abgedeckt werde. Hintergrund sei, dass eine Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen nicht durch die Bundesagentur für Arbeit gestützt werde, weil diese Mitarbeiter nach Verlängerung des Arbeitsvertrages einen Anspruch auf eine unbefristete Beschäftigung hätten. Sie sei aber zuversichtlich, schon im nächsten Jahr einen größeren Besetzungsanteil zu erreichen.

Zu den die Arbeitsintegration betreffenden Fragen ergänzte Frau Stolz, Erstkontakt und Aktivierung seien Punkte, auf die ein besonderes Augenmerk gelegt würde, um schnellstmöglich eine Vermittlung in Arbeit zu ermöglichen. Das Jobcenter könne auf ein sehr enges Netzwerk zurückgreifen; beispielsweise arbeite man im Rahmen des Übergangsmangements (kAoA) mit der Berufsberatung der Agentur für Arbeit zusammen. Die Arbeit mit den Jugendlichen im Sinne einer stärkeren Aktivierung beginne bereits 1,5 Jahre vor ihrem Schulabschluss.

Flüchtlingen und Migranten stehe ein Migrationsbeauftragter zur Verfügung. Wichtigste Ziele bei diesem Personenkreis seien sowohl die Sprachförderung als auch die Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Abschlüssen.

Herr Klein fügte hinzu, dass die Zuständigkeit des Jobcenters sich nur auf die Flüchtlinge beziehe, die aus dem Bezug von Asylbewerberleistungen ausschieden, d. h. sich länger als drei Monate in Deutschland aufhielten und deren Abschiebung länger als 18 Monate ausstehe.

In der weiteren Diskussion, an der sich SkB Grüner, SkB Andres, Abg. Dr. Fleck, SkB Weinrich und die Vorsitzende beteiligten, wurden hohe Bearbeitungszeiten, abhanden gekommene Antragsunterlagen und Beschwerden von Jobcenter-Kunden sowie Maßnahmen zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit und die fehlende Möglichkeit zur Ausbildung eigener Mitarbeiter im Jobcenter angesprochen.

In diesem Zusammenhang machte Frau Kramer noch einmal deutlich, dass das Jobcenter die Entscheidung hinsichtlich der Ausbildung eigener Mitarbeiter nicht selbst in der Hand habe, da das Jobcenter nicht über die hierzu erforderliche Dienstherreneigenschaft verfüge. Personal werde über die Bundesagentur für Arbeit und den Rhein-Sieg-Kreis eingestellt oder von Kommunen zugewiesen.

Ltd. KVD Allroggen sagte zu, die von Abg. Fleck bereits an den Kreistag gestellte Anfrage bis zur nächsten Kreistagssitzung schriftlich zu beantworten.

SkB Degenhardt lobte die Arbeit des Jobcenters. Er rief anschließend die Verantwortung der Politik für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kreises in Erinnerung und gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich die Situation im Jobcenter verbessern könne, wenn künftig auf befristete Arbeitsverträge verzichtet und den Mitarbeitern im Jobcenter hierdurch eine berufliche Perspektive eröffnet werde. Hinsichtlich der Ausbildungsproblematik sehe er letztendlich den Gesetzgeber in der Pflicht. Zusätzlich appellierte er an die Mitglieder der Trägerversammlung, sich mit diesem Thema noch einmal auseinanderzusetzen. An den Ausschuss richtete er den Wunsch, er möge sich an die Landespolitik wenden, diese mit den im Ausschuss angesprochenen Problemen konfrontieren und mit Blick auf steigende Bearbeitungszahlen im Zusammenhang mit der steigenden Zahl der Flüchtlinge höhere Fördermittel einfordern.